

Antrag 5/I/2024**Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Landesvorstand möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verfassungsrechtlich vorhandene Spielräume zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen die AfD nutzen!**

1 Wir fordern, alle verfassungsrechtlich vor-
2 handenen Spielräume zu nutzen, um den
3 rechtsextremen Bestrebungen der AfD entgegen-
4 zutreten. Dazu gehört insbesondere Fol-
5 gendes:

6

7 1. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert,
8 alle Mittel auszuschöpfen, um die AfD von der
9 direkten und indirekten Parteienfinanzierung
10 auszuschließen. Dies schließt folgende Initia-
11 tiven ein:

- 12 • Rückforderung von nicht deklarierten
13 und nicht den Vorschriften entspre-
14 chenden Parteispenden durch das Bun-
15 destagspräsidium
- 16 • Anstrengung einer Klage auf Aus-
17 schluss der AfD von Mitteln der staat-
18 lichen Parteienfinanzierung (Wahl-
19 kampfkostenerstattung, Ausstattung
20 der Mitglieder der Bundestagsfraktion
21 mit Personalmitteln) beim Bundesver-
22 fassungsgericht nach dem Vorbild der
23 erfolgreichen Klage beim BVerfG gegen
24 die Partei NPD/Die Heimat wegen ihrer
25 rechtsextremen Grundausrichtung.
- 26 • Ausschöpfung aller rechtlichen Mög-
27 lichkeiten die der AfD zuarbeitende
28 parteinahe **Erasmus-Desiderius-**
29 **Stiftung** weiterhin von staatlichen
30 Mitteln auszuschließen.

31

32 2. Die SPD als Gesamtpartei und in ihren Glie-
33 derungen beteiligt sich weiter aktiv an der
34 öffentlichen Debatte um ein Verbot der AfD
35 mit dem Ziel der Klärung der Erfolgsaussich-
36 ten einer solchen Initiative und dem weite-
37 ren Ziel, in der Öffentlichkeit und der Wahlbe-
38 völkerung das Bewusstsein zu stärken, dass
39 es sich bei AfD nicht um eine „normale“ Par-
40 tei handelt, sondern um eine Gruppierung,

41 welche die Grundlage unserer parlamentari-
42 schen Demokratie in Frage stellt.

43

44 3. Die SPD in Bund, Ländern und Gemein-
45 den macht die Forderung nach **Einhaltung der**
46 **Brandmauer gegen jede Zusammenarbeit**
47 **mit der AfD in Parlamenten und Gemeinde-**
48 **vertretungen** zum zentralen Maßstab für den
49 Umgang mit den anderen demokratischen
50 Parteien in den kommenden Wahlkämpfen
51 und fordert konsequent ein gemeinsames
52 Auftreten aller demokratischen Parteien ge-
53 gen alle Angriffe der AfD auf die freiheitliche
54 demokratische Grundordnung ein. Dazu ge-
55 hört auch eine Beteiligung an Gesetzesinitia-
56 tiven wie die Novellierung des Bundesverfas-
57 sungsgerichtsgesetzes.

58

59

60 4. Die Bundestagsfraktion verfolgt eine Initia-
61 tive zur Nutzung der Möglichkeiten des Arti-
62 kel 18 GG.

63

64

65 **Begründung**

66 Zu 1.:

67 Es darf nicht weiter zugelassen werden, ihren
68 Kampf gegen die Demokratie mit Millionen
69 staatlicher Mittel führen kann. Dies betrifft
70 auch die Finanzierung von – nach Recher-
71 chen des Bayerischen Rundfunks – über 100
72 Mitarbeiter*innen von AfD-Abgeordneten
73 sowie der AfD-Bundestagsfraktion als gan-
74 zer, die enge Verbindungen zu nachgewiesen
75 rechtsextremistischen Organisationen wie
76 der Identitären Bewegung haben.

77 Dass der demokratische Staat mit den
78 Möglichkeiten der Parteienfinanzierung
79 auch heute Mittel in die Hand gibt, ihn zu
80 zerstören bildet eine weitere Parallele zur
81 Situation in der Weimarer Republik. In einer
82 Tagebucheintragung machte sich Joseph
83 Goebbels um 1930 darüber lustig, dass der
84 Weimarer Staat seinen Feinden im Reichstag
85 auch noch kostenlose Fahrkarten für die
86 Reichsbahn zur Verfügung stelle.

87

88 Zu 3.:

89 Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung

90 weist allein in den neuen Bundesländern 121
91 Fälle einer Zusammenarbeit zwischen demo-
92 kratischen Parteien mit der AfD, mehrheitlich
93 zwischen CDU und AfD in der Regel in Form
94 gemeinsamer Abstimmungen in Landtagen
95 und Kommunalparlamenten zu Themen wie
96 Verbot gendergerechter Sprache, Verbot von
97 Windrädern in Waldgebieten, Aufhebung
98 der Erklärung einer Kommune zum Sicherem
99 Haften für Geflüchtete. Für bundesweites
100 Aufsehen sorgte die gemeinsame Abstim-
101 mung von CDU und AfD zur Senkung der
102 Grundsteuer im Thüringer Landtag.

103

104 Zu 4.:

105 Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, ins-
106 besondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs.
107 1 GG), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3 GG),
108 die Versammlungsfreiheit (Artikel 8 GG), die
109 Vereinigungsfreiheit (Artikel 9 GG), das Brief-
110 , Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10
111 GG), das Eigentum (Artikel 14 GG) oder das
112 Asylrecht (Artikel 16a GG) zum Kampfe gegen
113 die freiheitliche demokratische Grundord-
114 nung missbraucht, verwirkt gemäß Artikel 18
115 GG eben diese Grundrechte. Die Verwirkung
116 und ihr Ausmaß werden durch das Bundes-
117 verfassungsgericht ausgesprochen. Ein An-
118 trag auf Grundrechtsverwirkung kann u.a.
119 vom Deutschen Bundestag gestellt werden.
120 Die SPD-Bundestagsfraktion soll eine solche
121 Initiative starten, damit das in Art. 18 GG
122 vorgesehene Instrument zum Schutze des
123 Grundgesetzes gegen führende rechtsextre-
124 mistische Führungspersonen der AfD einge-
125 setzt wird.

126